

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Grabenstr. 5/6, durch die Post und durch Goldpostkarte zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 20 Pf., Verlagspreis Nr. 7217

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Subskriptionsgebühr beträgt für die einjährige Mitgliedschaft oder deren Resten 20 Pfennige, für Vereins- und Vereinstilgungs-Anzeigen 10 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 46.

Montag, den 24. Februar 1902

13. Jahrgang.

Gewerkschaftsbewegung in Breslau.

Geschäftsbericht des Gewerkschaftskartells für 1901.

(Schluß.)

Zum Schluß haben wir noch einen Blick auf die agitatorischen und organisatorische Tätigkeit des Gewerkschaftskartells zu werfen. Dem Kartell waren 46 Zahlstellen angeschlossen, während zwei Zahlstellen, die der Gemeindegewerkschaft und der Theaterarbeiter ihren Anschluß, an das Kartell bisher nicht bewirkt haben.

Die Zahl der Sitzungen, welche das Kartell im Berichtsjahre abhielt, betrug zehn. Außerdem fanden 4 Vorstandssitzungen statt. Die Januar- und Februaritzungen des Kartells bezogen sich hauptsächlich auf die Einreichung der Beiträge der einzelnen Zahlstellen für die Kartellkasse. Nach länger, sehr eingehender Beratung wurde in der Februaritzung beschlossen, von den Gewerkschaften feste Beiträge nach einer bestimmten Skala zu erheben. Die Sätze wurden in das in der Maiitzung neu beschlossene Statut aufgenommen. In der Märzversammlung wurde der Tätigkeitsbericht für das Jahr 1900 gegeben, außerdem wurde über die damals schwebenden Streiks der Maler und Tapezierer verhandelt. Beide Gewerkschaften erhielten vom Kartell materielle und moralische Unterstützung zugesagt, und diese wurde ihnen im Verlaufe des Kampfes auch nach Kräften gewährt.

Recht interessant und bewegt gestaltete sich die Sitzung vom 5. Mai. Es handelte sich, wie schon erwähnt, um die Beschlußfassung über ein neues Statut, da sich das alte in vielen Punkten als unzureichend und nicht mehr zeitgemäß herausgestellt hatte. Die Hauptänderungen lagen zunächst darin, daß in dem Statut schon dem Vorlaute nach der Auffassung Ausdruck gegeben wurde, daß das Gewerkschaftskartell kein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes, sondern eine Kommission ist. Ferner bestimmt das neue Statut, daß die Delegierten von den Mitgliederversammlungen der einzelnen Gewerkschaften, nicht wie bisher in öffentlichen Versammlungen von ihren Berufsgenossen gewählt werden. Außerdem wurde eine genaue Regelung der Delegiertenzahl dadurch herbeigeführt, daß nach dem neuen Statut Gewerkschaften bis zu 100 Mitgliedern einen, für das weitere angefangene Hundert wieder einen, für je 200 Mitglieder mehr je einen weiteren Delegierten entsenden dürfen, bis zur Höchstzahl von 6 Abgeordneten. Dann wurden neue Bestimmungen über die Zusammenkunft des Vorstandes getroffen, ebenso, wie schon erwähnt, über die Aufbringung der Mittel. Nach dem neuen Statut beläuft sich der Jahresbeitrag für Gewerkschaften mit weniger als 100 Mitgliedern auf 6 Mk., mit mehr als 100 Mitgliedern auf 10 Mk., mehr als 200 auf 15, mehr als 300 auf 25, mehr als 500 auf 40, mehr als 1000 Mitgliedern auf 60 Mk.

Die Bestimmungen, betreffend die vom Kartell zu leistenden Unternehmungen bei Streiks und Aussperrungen, stehen besonders bei den Maurern auf heftigen Widerstand. Sie müßten sich darauf, daß sie durch Beschluß ihres Gesamtverbandes verhindert seien, überhaupt an Sammlungen für Streikende teilzunehmen. Trotzdem wurde das Statut in der vorgelagerten Fassung mit dem Vorlaute, daß die an das Kartell angeschlossenen Gewerkschaften verpflichtet seien, alle im Sinne der beschlossenen Bestimmungen vom Kartell gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, mit großer Majorität angenommen. Darauf waren

die Maurer ihre Delegierten vom Kartell zurück. Erst auf Veranlassung ihres Hauptvorstehenden wurde die Verbindung mit dem Kartell wiederhergestellt.

Das Bibliothekwesen der hiesigen Gewerkschaften und die eventuelle Errichtung einer gemeinschaftlichen Gewerkschaftsbibliothek beschäftigte das Kartell in seiner Juniung. Die Tatsache, daß ein großer Teil der hiesigen Gewerkschaften überhaupt dieses so wichtigen Bildungsmittels ganz entbehren muß, während die vorhandenen Bibliotheken zum größten Teil recht mangelhaft zu nennen sind, legte dem Vorlaute den Gedanken nahe, einen Weg zu beschreiten, den süddeutsche Kartelle schon längst zu ihrem Vortheile gegangen sind und den erst kürzlich auch das Gewerkschaftskartell in Brandenburg a. N. betreten hat. Doch der Gemeinfinn ist auch unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Breslaus noch viel zu wenig ausgebildet, als daß sich die einzelnen Gewerkschaften bereit erklärt hätten, ihr Eigentum zu Gunsten des großen Ganzen zur Verfügung zu stellen. Und zu Geldbewilligungen sind unsere hiesigen Gewerkschaften noch weniger geneigt, was ja wohl zum Teil auf die schlimmen wirtschaftlichen Verhältnisse in Breslau zurückzuführen ist. Diese Umstände haben bewirkt, daß bisher erst ein kleiner Teil der hiesigen Gewerkschaften die Teilnahme an der Zentralbibliothek erklärt hat. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells wird trotz aller Schwierigkeiten die Sache weiter verfolgen. Hoffentlich sehen auch die einzelnen Gewerkschaften bald ein, daß eine allgemeine Bibliothek auch für sie ganz bedeutende Vortheile bietet.

Die herrschende Krisis und die mit dieser in Zusammenhang stehende Arbeitsnoth veranlaßte das Kartell am 25. Oktober und am 24. Dezember Arbeiterlosgewerkschaften zu veranstalten, die beide, namentlich die erste, überaus zahlreich besucht waren. Um wenigstens einigermaßen einen Ueberblick über den Umfang der in unserer Stadt vorhandenen Arbeitslosigkeit und des durch diese hervorgerufenen Elends zu gewinnen, wurde in der Versammlung vom 25. Oktober eine Enquete veranstaltet, über deren Ergebnis die „Volkswacht“ seiner Zeit in aller Ausführlichkeit berichtet hat. Da aber diese Form der Zählung ergeben hat, daß sie viel zu mangelhaft ist, um ein einigermaßen erschöpfendes Material zu gewähren, so beschloß sich die Delegiertenversammlung in der Novemberitzung noch einmal recht eingehend mit der Frage, welche Form der Arbeiterlosgewerkschaften wohl die beste sei. Es wurde beschlossen, im Anfang des Jahres 1902 unter Leitung des Kartells die Zählung von den einzelnen Gewerkschaften innerhalb deren Berufs vornehmen zu lassen, während das Kartell die Bearbeitung des Materials in die Hand zu nehmen hat.

Die ähner organisatorische und agitatorische Tätigkeit erstreckte sich zunächst auf die Gründung einer Zahlstelle des Gemeindegewerkschaftsverbandes; das Kartell hatte zu diesem Zwecke drei Gründungsversammlungen arrangiert und dann mehrere Monate die Geschäfte der Zahlstelle verwaltet; ferner war das Kartell an der Gründung des Gastwirtschaftsvereins beteiligt. Drei Versammlungen wurden beauftragt, die Gründung einer Fleischervereinigung einzuberufen, doch hatten diese, wie bereits erwähnt, nicht den gewünschten Erfolg. Von weiteren Versammlungen, die durch das Gewerkschaftskartell einberufen worden sind, seien noch die am 5. März im Saale der „Kaiserburg“ abgehaltene Versammlung genannt, welche sich mit der Ausgestaltung des Fortbildungsschulwesens befaßte, ferner eine am 1. August im Gewerkschaftshause abgehaltene Volksversammlung, die zu Gunsten der streikenden Wäckerstellen Stellung nahm.

Ehe wir schließen, müssen wir noch erwähnen, daß im Berichtsjahre das Kartell auch mit dem Polizei-Präsidium in einem kleinen Streit auszufechten hatte. Nach dem Muster anderer Polizeibehörden verlangte auch der Breslauer Polizei-

Präsident vom Vorlaute des Kartells die Einreichung des Mitgliederzeichnisses, sowie Angabe der Vorstandsmitglieder und Mitteilung jeglicher Veränderungen im Verein Gewerkschaftskartell. Unter Einreichung des neuen Statuts, erklärte der Vorsitzende des Kartells, daß er sich weigere, diesem Verlangen nachzukommen, da das Kartell eine Kommission, und nicht ein Verein sei. Darauf erging von Seiten des Polizei-Präsidenten der Bescheid, daß von einer Einreichung des Mitgliederzeichnisses Abstand genommen werde, weil auf Grund des neugeschaffenen Statuts die Organisation des Kartells rechtlich eine andere geworden sei, so daß sie nicht mehr einen Verein darstelle.

Vorüber der Kartellvorstand sich ebenso wie im vorigen Jahre am meisten zu beklagen hat, das ist die geringe Unterstützung, die er bei seiner Tätigkeit unter der organisierten Arbeitererschaft selbst findet. Die gesamten Geschäfte des Kartells müssen im Arbeiterssekretariat erledigt werden, das tatsächlich neben seinen eigentlichen Geschäften noch die Funktionen eines Gewerkschaftssekretariats auszuüben hat. Von hier aus werden die Einladungen zu den Kartellsitzungen, zu den Versammlungen der Gesellenausschüsse, zu Agitations- und Mitgliederversammlungen für neu zu gründende oder noch ganz junge Zahlstellen besorgt, ganz abgesehen von den Referaten und Versammlungsbesuchen, zu denen die Angestellten des Sekretariats gezwungen sind. So hat der Vorsitzende des Kartells, der durch seine Tätigkeit als Arbeiterssekretär gerade genug angepannt wird, im Berichtsjahre 112 Versammlungen offiziell besucht und in 51 derselben Referate gehalten, während der zweite Angestellte in 50 Versammlungen am Referat teilnahm.

Wir stehen am Ende unserer Umschau für das Jahr 1901. Allzuviel Gutes haben wir nicht zu berichten gehabt. Immerhin hat auch das verfloßene bewiesen, daß trotz aller Widerwärtigkeiten und Hemmnisse, trotz Arbeitslosigkeit die gewerkschaftliche Bewegung in Breslau unaufhaltsam ihre Bahn vorwärts geht. Freilich, das darf sich kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und insbesondere kein Gewerkschaftsführer verhehlen, daß hier in Breslau noch sehr viel im Argen liegt und daß es rascher, unermüdetlicher Arbeit bedarf, wenn wir schneller als bisher vorwärts kommen wollen. Zu diesem Zwecke ist es aber vor allem notwendig, daß auch die einzelnen Gewerkschaften und deren Führer nicht vergessen, daß sie eben nur Glieder eines größeren Ganzen sind, und dieses größere Ganze ist für Breslau das Gewerkschaftskartell.

G. K.

Politische Beobacht.

Rebel wies in seiner Rede in der Zollkommission darauf hin, daß auch manche Großgrundbesitzer des Ostens Gegner des Zolltarifs sind. Er sagte:

Ein Großgrundbesitzer im Osten, der Sozialdemokrat ist und ein Areal von 750 Hektar bei sehr intensiver Wirtschaft bewirtschaftet, ist ein großer Viehproduzent. Er hatte aus Getreide an Einnahmen und für Futtermittel an Ausgaben:

Einnahmen aus Getreide:	Ausgaben für Futtermittel:
1896 6,568	11,614
1897 6,429	14,785
1898 12,962	19,656
1899 12,165	13,759
1900 14,372	13,339
1901 10,650	14,372

Dieser Großgrundbesitzer hätte also von einer Erhöhung der

Achtung, Wähler! Nur bis Mittwoch liegt die Wählerliste aus!

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tyrol von Robert Schweichel.

22] Muschleitner schlug einige starke Akkorde auf seiner Zither an und räusperte sich zu einem Liede, um von dem gefährlichen Thema abzulenken. Aber die Burschen ließen sich nicht davon abbringen, zumal der Wein bereits die Köpfe erhitze. Der Sternwirth drang nicht durch und, nachdem die Wäner, Franzosen und der Teufel eine Weile bunt durcheinander geworfen worden waren, machte Jerg den Vorschlag, um den Streit zu entscheiden, sollte Ambros den Teufel rufen. Gabe es einen, so wäme er gewiß, denn er sei gut Freund mit Ambros.

„Schallendes Gelächter belohnte den Vorschlag: nur Ambros verzog keine Miene.“
„Ich will's thun“, sagte er ruhig, wenn mich der Jera als Zeuge im Mitternacht auf den nächsten Kreuzweg begleiten will.“
Jerg streckte absehnend beide Hände vor sich hin.
„Der sonst Einer von Euch“, tollte Ambros seine Augen umher.
Keiner versäurte Lust dazu, und ein paar von den Burschen schlichen sich lachend davon. Die Zurückbleibenden lachten sie aus.
„Es muß doch mit Eurem Christenthum allejannt schlecht beschaffen sein, daß ihr auf das Vaterunser oder sonst ein fromm Sprüchlein nicht vertraut Dagegen kann der Böse nicht an.“
Eine rauhe Stimme war es, welche diese Aeußerung that, und sie kam von einem Manne, der von den Gästen am Tische bei dem Ofen allein zurückgeblieben war. Er hatte dort still gesessen, aus einer kurzen Holzpfiste qualmend und nur dann und wann an einem Glase Brantwein nippend. Es war das Gamsmandl aus Montban, bekannt in allen Thälern durch sein großes Jagdglück. So viel Gamsen, wie er, hatte noch nie ein Eberblinder erlebt: freilich wollte man wissen, daß er sich auf Freilugeln verstände. Seines Zeichens war er ein Gerber, da jedoch die Gamsjagd für ihn eine Leidenschaft war, wie für Andere das Spiel, so vernachte ihm sein Handwerk auf keinen grünen Zweig zu helfen, und sein beßtes Zeug, das er zur Feier des Sonntags anzulegen hatte, vertieft auch seine beschränkte Lage. Es war kein junger Mann mehr, das bezeugten schon die grauen Fäden in seinem mächtigen Schnurr- und Aebelbarte. Gesicht und Hände waren wie in brauner Lohse geheizt, und an seinem Leibe kein überabigig Loth Fleisch. Seine dunkelbraunen Augen, die jetzt unter dem Schlapphut hervor und auf die jungen Leute gerichtet waren, hatten den festen, scharfen Blick des Falken.

Aufforderung nachkam, setzte sich, daß das Diminutiv aanz wohl auf ihn vafte. Er war kaum von mittlerer Größe.
„Du mußt freilich wissen, ob das Mittel gegen den Bösen hilft“, spöttelte Jerg.
„Na, das weiß ich“, versetzte das Gamsmandl mit einem Grun, der ihn überhaupt nie verließ. Keiner hatte ihn noch je lachen hören oder lustig gesehen. „Es hilft in jeder Noth und Gefahr, nur in einer nicht.“
„Das wäre!“ rief es neugierig ringsum.
„Na, gegen die Geister und Dämonen, die zur Straf umgehen müssen, da hilft kein Velen“, sagte das Mamslein.
„Ob's wahr ist?“ zweifelte Einer und ein Anderer, den seine Kameraden Sebi nannten, rief:
„Doch, Ambros, das war ein Stücklein für Dich, das solltest Du erproben!“
„Warum nicht“, entgegnete dieser. „Sag' mir nur, wo ich welche finden kann?“
„Ich sollte meinen, Du brauchst bloß um Mitternacht auf den Kirchhof zu gehen“, gab Sebi an.
„Weiter nicht?“ fragte Ambros. „Meinetwegen.“
„Thu's nicht, Ambros“, warnte das Gamsmandl und legte ihm die Hand auf den Arm; doch Ambros rief:
„Wann Du also was an Deinen seligen Großvater ausrichten hast, Sebi, heut um Mitternacht will ich's bestellen. Als Vaterlohn zahlst Du am nächsten Sonnabend, wann wir zum Singen herkommen, Jedem von uns eine Halbe.“
„Es gilt, es gilt“, riefen die Anderen, mit Ausnahme des Gamsmandls, der den Kopf schüttelte, durcheinander.
„Und was soll ich ihm von Dir ausrichten, Sebi?“ fragte Ambros.
„Der Sebi will freien und hat kein Geld“, jähzte Muschleitner.
„Trag' den Mann, wo der Sebi einen Schatz heben kann“, fügte Jerg hinzu.
„Da brauchst Einer die Todten nicht zu verincommodiren“, meinte ein Dritter. „Das weiß ja Jeder, daß unter den Firseln halbwegs am Aufsteig zum Jöchl ein Schatz vergraben liegt.“
„Oder in den Kellern von Schloß Aich“, ergänzte ein Anderer. „Es ist ihm freilich schlimm bekommen, denn der Ritter von Brad hätte ihn, der wilde Franz Wilhelm, der in der Ebene von Cornara ist erschlagen worden.“
„In welcher Gestalt geht er denn um?“ fragte wieder ein Anderer.
Darüber waren die Ansichten getheilt und aus jeder entwickelte sich irgend eine Schatzgräber- oder Gespenstergeschichte. Die Meisten vernachten hierzu einen Beitrag zu liefern. Man rückte enger zusammen, sprach mit gedämpfter Stimme und schaute sich, in die dunklen Ecken der Stube zu schauen. Manchem lief es fröhlich über den Rücken.

feierlichem Kopfnicken bestätigte. Jerg berichtete einige Stücklein von dem Berggeist Deo, der gern die Menschen soppe, aber schwere Vergehung an Dingen über, die ihn selber neckten. Nicht that das Gamsmandl die Pfeife weg, schlürfte die Reize seines Brantweins aus und hub eine Geschichte von der verfallenen Mühle im Wannwalde an. Seine rauhe, monotone Stimme, die Unbeweglichkeit seines braunen Gesichts, aus dem die Augen wie die eines Raubvogels glänzten, steigerte noch das Grausen seiner Erzählung. Die Mühle, deren Schauptag sie war, lag eng eingeklemmt zwischen dem Bache und den schroffen Wänden des Fares, so daß sie nur schwer zugänglich war. Der letzte Eigentümer derselben wäre ein schrecklich habfüchtiger Mensch, und nichts ihm heilig gewesen. In das Brotmehl hätte er immer einen großen Theil zerriebenen Kaltes gemischt und zuletzt seine Seele dem Bösen für ein Paar Glückswürfel verkauft. Damit hätte er spielen dürfen, wo und wann er gemollt, nur nicht in der heiligen Weihnacht. Fehlte er gegen diese Bedingungen, so sollte es jedes Mal ein Leben von Dingen kosten, die ihm die Liebsten auf der Welt wären, zuletzt sein eigenes. Zum Zeichen, daß seine Zeit gekommen wäre, würde er sieben Augen werfen.
„Achten und Katten hat er gefüllt mit dem Silber und Gold, das ihm die Würfel einbrachten“, fuhr das Gamsmandl fort, und ihr kamm Euch schon vorstellen, daß er in seiner Hiet nicht hat Acht gehabt auf die heilige Zeit. So hat er denn das Leben seiner Frau und seiner Kinder verwarf, und wie zuletzt in einer heiligen Weihnacht die sieben Augen sind gefallen.“
Ein schreckliches Heulen und Pfeifen unterbrach ihn. Seine Zuhörer wurden blaß und den Meisten sträubte sich das Haar. Luft so war's damals, ein furchtbarer Sturm erhob sich, begann der Erzähler wieder.
Da schlug die Wanduhr die Mitternachtsstunde. Das Gamsmandl verfrümmte.
Als die Uhr ausgeschlagen hatte, stand Ambros auf. Auch er war ein wenig blaß geworden; allein seine Stimme klang wie gewöhnlich.
„Jetzt geh' ich auf den Kirchhof“, sagte er. „Vielleicht krieg' ich den Müller zu sehen, wie er umgeht in glühenden Ketten und das Gesicht im Genid.“
Einige schlugen ein Kreuz, die Anderen starrten ihn mit weit geöffneten Augen an. Muschleitner versuchte, ihn von seinem Vorhaben abzubringen, indem er ihn auf das draußen tobende Unwetter aufmerksam machte.
Ambros ließ sich nicht halten, und durch das Stürzen, Heulen und Pfeifen vernahm die Zurückbleibenden das trübende Aufschlagen der Thüre.

Streitpreise einen höchst fraglichen Nutzen und ist Gegner der...

Die Konservativen drücken sich, zuerst in den Wahlkreisen, wo sie einen Wahlkampf zu führen haben. In...

„Ich bin kein Unmensch“ hat einer der extremsten Führer des Bundes der Landwirte, der Provinzialvorsitzende für...

Gegen „allzu hohe“ Getreidezölle hat sich im Wahlkampf in...

Vor Wahlen haben die schwarz-weißen Patrioten eine heillose Angst. Selbst in der Zollfrage geben sie klein bei...

Reich an erbaulichen Zwischenfällen war die Freitag-Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses. Wir...

„Auf dem konservativen Wahl wurde nur eine einzige Rede auf den Kaiser gehalten, auf dem liberalen Kommissar aber sprach noch Prof. Dr. Reisshaus über den politischen Liberalismus...

Präsident v. Kröcher: Lassen Sie mich doch auch einmal reden. (Er heisst links.) Ich muß, um unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen, erklären, daß es nicht üblich ist, hier im Hause zu singen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. v. Brodhausen fortsetzend: verliest einige Verse des Rodes. Eine Stroche lautet: „Wenn ich einmal der Landrath wär' Mein Erbes wäre das, Ich nähme meine Macht her Und ich verfügte, daß, Wer jetzt noch zu der Mäuler'n läuft Und wählt noch liberal, Der wird elendiglich erkant In Mittel-Landkanal.“

Die Angabe des Ministers, daß eine Loge gefeiert worden ist, ist vollkommen richtig. (Rebeller Widerstand links.) Redner ruft sehr erregt: Ja wohl, eine Loge! (Große Heiterkeit links.) Die Entrüstung der Junker wirkt sehr komisch.

Ins aller Welt.

Die astronomischen Instrumente der Berliner Sternwarte, die sich seit dem Herbst im westlichen Flügel des neuen Observatoriums bei Cassini befanden und dort zum Frühjahr in vorwärtiger Weise aufgestellt werden sollten, sind kürzlich zum Teil nach Berlin gebracht worden, weil sie bei dem Transport nach Deutschland erheblichen Schaden gelitten haben und in Berlin reparaturfähig gemacht werden sollen.

Das Thurner Kriegsgericht verurtheilt den Unteroffizier Paul S. vom 17. Pommerschen Infanterie-Regiment auf der Straße lässig geschimpft und, bedrohen gerügt, ihn auch ein Schimpfmort beleidigt hatte, und alsdann auf dem Wege zur Kasse entließ, wegen Ungehorsams, Spottens im Uniformdienst, Beleidigung und Widerlegung zu zwei Jahren Gefängnis und Degradation.

18 Geschwörer. Der Tod des weltlichen Reichstagsabgeordneten Herrmann von Hammerstein, welcher das jüngste von 21 Kindern des hannoverschen Oberförstmeisters von Hammerstein war, den 18. letzten, erinnert, wie man der „Frankfurter Zeitung“ schreibt, an verschiedene Schwestern über 17-jährigen Familienmitglieder. Das der glückliche Heiler die 18 nicht immer richtig auseinander konnte, nach der Länge die betreffenden Namen nicht wußte, ist noch das Bedauerliche. Einmal soll er aber einen 5-jährigen Mädchen auf der Straße in der Gasse unkenntlich gesehen haben und entsetzt über den unheimlichen Anblick. Er schalt ihn geschimpft aus, war aber sehr verblüfft, als er seine Frage: „Da heißt Du Schwanke denn?“ der Kleinen beantwortet ihm wieder: „Da bist ja mein Papa!“

Entdeckung eines Mordes. In Pöblian wachte im Jahre 1900 bei dem hiesigen Straßbahnenbauarbeiter Reich der Fabrikarbeiter Prast. Derselbe war plötzlich vermisst worden, was man an, daß er ausgewandert sei. Erst hatte sich herausgestellt, daß Prast in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau Prast in der schändlichsten Weise umgebracht hat, um sich seine Erbschaft zu beschaffen. Er hatte ihm Kopf und Brust eingegeben und die Leiche in einem Keller verpackt, in die Erde geworfen. Die Ehefrau Prast, welche bereits ein Geschwulst erkrankt hat, ist gemeinsam mit ihrem Mann verhaftet worden.

Verführte Arbeiter. In dem schon lang mitgetheilten Unglücksfall in dem Brauereibetrieb geschickter der Arbeiterin wurde bei der Verhaftung festgestellt, daß die Arbeiterin, die in dem Brauereibetrieb arbeitete, verführt wurde, die Fülle...

Herr Risch vom Zentrum gab lediglich die formale Bezeichnung zur Nichtbestätigung Kaufmann vor, nannte sie materiell aber einen Mißgriff und bezichtigte Herrn Kaufmann als Ehrenmann, der durch die Nichtbestätigung an seiner Ehrenhaftigkeit nichts einbüße.

Dann kam der nationalliberale Abg. v. Gynern zum Wort. Nach langer Zeit wurde wieder einmal aus dem Munde dieses hervorragenden Mitgliedes der nationalliberalen Partei eine liberale Rede gehört. Auch er wandte sich in sehr scharfer Weise gegen den Landrath von Malzahn und die Inanspruchnahme dieses Beamten durch den Minister. Seine Haupttrumpfe spielte er in der Polemik gegen die Konservativen aus. Ihnen schrieb er die objektive Art, wie sich die konservativen Herren in Versammlungen des Bundes der Landwirte über andere politische Parteien und die Regierung äußern, zu Gemüthe. Er stellte an der Hand reichen Beweismaterials eine Anzahl der ärgsten Verunglimpfungen von Ministern fest und sagte unter dem lebhaftesten Beifall der Linken das, so weit, wie die Agitatoren des Bundes der Landwirte, noch niemals Sozialdemokraten in ihren Angriffen gelangten seien.

Den Höhepunkt der Debatte bildete eine große Rede des Abg. Richter. Mit glänzender parlamentarischer Veredsamkeit zerplückte er die wichtigen Einwendungen des Ministers, die dieser in der Affaire Kaufmann am Freitag vorgebracht hatte. Das mußte Herr v. Hammerstein selbst anerkennen. Herr Richter wies darauf hin, daß der Amtsvorwähler des Herrn v. Hammerstein dem Landtage nicht über die Gründe von Nichtbestätigungen Auskunft geben. Wenn der jetzige Minister ein gegentheiliges Verfahren einschleuge, so beweise das nur, daß sich im Ministerium des Innern die Erkenntnis Bahn gebrochen habe, daß Herr v. Rheinbaben, der frühere Minister, mit den Gründen scharf abgekauft sei, daß diese Gründe für Nichtbestätigungen von der öffentlichen Meinung als nicht stichhaltig anerkannt worden sind. Wenn höchst aber treffend verglich er den Minister, der sich lediglich als ausführendes Werkzeug des Willens der Krone hingestellt hatte, mit einem Kanakleibanten, der nur darüber zu wachen habe, ob die Reichsliste mit dem Konzept auch richtig übereinstimme. Vor allen Dingen machte er Herrn v. Hammerstein zum Vorwurf, daß er die Bestätigung Kaufmanns selbst der Krone empfohlen nun aber nach der gegen seinen Vorschlag erfolgten Entscheidung auch die gegentheilige Auffassung vertritt. Daß Eugen Richter es natürlich auch bei dieser Gelegenheit nicht unterließ, den Sozialdemokraten einige Stiche zu versetzen, daß er darauf hinwies, daß die Sozialdemokratie aus dem trotz aller Schiltungen maßvollen Verhalten der liberalen Mehrheit Wasser aus ihre Wäbden geleitet hätte, entspricht seinem bekannten Naturell. Darüber darf man sich nicht mehr wundern.

Der Minister war außer Stande, nur in eine Widerlegung der Richter'schen Rede einzutreten, er sammelte ein paar verlegene Worte und setzte sich, nachdem er etwa zwei Minuten geredet hatte, unter großer Heiterkeit fast des gesammten Hauses erschöpft auf seinen Platz.

Herr v. Fendebraun's Unternehmungen es, den Minister einigermaßen herauszubauen, aber auch bei dem unglücklich begabten Redner, gelang dies nicht. Die weitere Debatte betraf nicht allzuviel Bemerkenswertes. Der nationalliberale Abg. Friedberg nahm noch einmal das Wort, um gegen den Ausspruch des Landraths v. Malzahn zu protestieren, daß jeder Gegner der konservativen Politik auch ein Gegner der Krone sei.

Gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Münch ist beim Berliner Landgericht ein Strafverfahren anhängig gemacht worden. Es handelt sich auch hierbei um A. u. angebliche Beleidigungen des württembergischen Ministers des Innern. In Frage richtet sich gegen die jüngst von Freiherrn v. Münch veröffentlichte Schrift „Württembergische Rechtsfolge und Verwaltung“.

Die Berliner Anarchisten stehen gegenwärtig unter sehr scharfer Beobachtung. Der politischen Polizei scheint nach bürgerlichen Berichten daran gelegen zu sein, die Verbindungen der Anarchisten und ihre Einwirkung bei dem Betrieb der anarchistischen Literatur genau festzustellen. Personen, welche die Geschäfte des Anarchistenblattes betreiben, werden nicht aus den Augen gelassen; die Polizei dürfte neben der Durchsichtigung der Verbindungen das Ziel verfolgen, die Verbreitung anarchistischer Schriften überhaupt zu unterbinden. Das wird nicht gelingen. Dazu gehören andere Maßnahmen.

Auf dem Ruhr-Goblenmarkt sieht es trübseliger aus, als wir vor einigen Tagen schilderten. Nicht 55 Vergleute kommen in Folge der schlechten Absatzverhältnisse außer Beschäftigung, sondern es sind 800-1000 Mann, mit der „Ruhr-Bolschee“ von sachmännischer Seite gebildet wird. Aber damit ist der Arbeitsbewegung noch nicht Einhalt geboten, vielmehr befindet der Berichtserstatter, daß es bei diesen Arbeitsverhältnissen auch nicht sein werden haben wird.

Kandidatenwechsel. Nachdem der Landtags-Abgeordnete Küller-Dehm die Kandidatur für die Reichstagswahl in Elbing abgelehnt hat, ist von den hiesigen Juristen definitiv Landtags-Abgeordneter Sandler. Folien als Kandidat aufgestellt worden.

Wochte. Der Süddeutsche Geheim-Ver-Regierungsrath Dr. v. Boettcher ist verstorben. Wochte, ein Bureaukrat reaktionärer Färbung, wurde breiteren Kreisen bekannt durch die

den darin Befindlichen unter sich beprabend; Während es zweien gelang, sich noch zu retten, wurden 4 Arbeiter verhaftet. 4 der Verhafteten, 2 Italiener, die Gebrüder Albano, Heinrich Schäfer aus Werdau und August Thiemann aus Dresden, wurden als Leichen einer schwer und erlich verlegt, unter den Trümmern hervorgezogen, was indeß erst nach langer Arbeit gelang.

Das Altendekret Eisenbahnunglück vor Gericht. Die Verhandlung wegen des Altendekret Eisenbahnunglücks findet am 21. März vor dem Landgericht in Paderborn statt. Angeklagt sind die Blomharter Weg- und Kleinbahn-Altenbeken und der Zugführer Peter-Bein.

Explosion mit tödtlichen Folgen. Durch ein in den Kohlen benutztes Spreng-Geschöß wurde auf Bahnhofsstation bei Hildesheim ein großes Unglück herbeigeführt. Eine Anzahl Arbeiter nahen das Wägenhaus in einem außerordentlich großen Ausmaß zusammen, als der Ofen explodirte. Der Wägen wurde total zertrümmert und sämtliche darin befindliche Arbeiter schwer, einige tödtlich verlegt. Mehrere in der Nähe befindliche Frauen wurden gleichfalls daran verletzt. Das ihr Überleben ins Hospital erfolgen mag.

Ein tödtliches Unglück. Aus Hildesheim wird berichtet, daß der „Deutsche Tagesbote“ gemeldet: Als gestern früh der Gemeinde-richter von Hildesheim bei Hildesheim den letzten Tag seiner Amtszeit zubringen, fand er denselben bei, obwohl tags vorher eine Anzahl von Schülern vermisst worden war. Bei genauer Untersuchung des Unglücksorts erachtete man im Hildesheim eine Leiche, Männer und Frauen, wahrscheinlich betrunken unter einem großen Steinlag.

Unglücksfälle. In dem hiesigen Bergbau in der Nähe der hiesigen Stadt Salsburg ereignete sich ein schwerer Unfall, dem 600 Personen 3 zum Opfer gefallen sein sollen.

Ein Blutzugabermittler. In der Zeit in Rizza. Gegenwärtig sind mehr als 500 Fälle in Rizza. Die Anzahl der letzten Fälle hat eine ungewöhnliche Höhe erreicht, da sie in Berlin der Statistik in der Regel nur 10 Prozent betragen haben. Im Ganzen ist in der letzten Woche ein Rückgang zu constatieren. Am 9. Februar ergriff sich ein Mann in der hiesigen Eisenbahnstation mit 10 Fällen, am 12. Februar mit 10 Personen mit einer Erkrankung ein. Am 12. und 13. d. M. kamen 6 Todesfälle vor. In Rizza sind bis jetzt kein neuer Fall erregt; im hiesigen Bergbau von Rizza sollen 3 Fälle vorgekommen sein. Die übrigen können in Rizza sein.

In der hiesigen Bergbau-Industrie grübeln sich nach einem Verbot auf Seite in hiesigen Bergbau zu sein. In der hiesigen Bergbau-Industrie grübeln sich nach einem Verbot auf Seite in hiesigen Bergbau zu sein.

12000 Mark-Affaire, in der bekanntlich die Verantwortung für den politisch unfeinen Handel auf ihn als den damaligen Direktor des Reichsamts des Innern gewälkt wurde. Woebste wurde infolge dessen auch als Sündenbock als Präsident des neugegründeten Reichsaufsichtsamts für das Privat-Versicherungswesen in die Strafverdamnung gewälkt.

Der Domänenpächter Falkenhayn wurde am Freitag zur Verhütung seiner sechsjährigen Festungshaft von Hannover nach Magdeburg übergeführt.

Ausland.

Wer ist schuld an den Straßkämpfen von Barcelona? Diese Frage beantwortet die konservative „Zgl. Rundschau“ unter Anderem wie folgt:

„Auch die unglückliche Frau und Wittve Alfons XII. hat ihr reichlich Theil dazu beigetragen, die Leiden des Landes heute fast unheilbar erscheinen zu lassen. Das Königshaus ist durch sie ganz in die Statistik rückständigster Pfaffenstämme gebracht, die Anstichträger herrschen und die liebene Laß des Wohlthums und des Klerikalismus, der das Volk ausfaßt wie ein Wanpfr, drückt die Nation zu Boden. Die Kirchen und Klöster prunkten mit Edelsteinen, mit Gold und Silber, die Kirchendiener zählten nach Hunderttausenden, das Volk verarmt mehr und mehr, die Hütten verfallen, die Kultur der niederen Volkschichten scheint auf die Stufe der Barbarei zurückzuführen zu wollen.“

Die unfähige, durch die endlosen Parteikämpfe zerrüttete Regierung und der anmaßende, herrschsüchtige Klerus, der durch die aus Frankreich hinzutretenden Ordensleute fortwährend sich ins Ungemessene vermehrt, — sie tragen vor Allem die Schuld an dem Elend.“

Wenn ein konservatives Blatt schon so scharf schreibt, muß es allerdings in Wirklichkeit schimmern aussehen. Eine interessante Schilderung der Einzelheiten des beginnenden Aufstandes in Barcelona bringt die „Post. Ztg.“:

In Barcelona ist der allgemeine Aufstand zur Thatsache geworden. Handlungs- und Apothekergehilfen, Kellner und Hausgesinde, Straßenerlehrer und Maschinensführer, Bahnbedienstete und Fabrikarbeiter, Hafenarbeiter und Dienstmänner, Pflücker und Kutscher, kurz alle Arbeiterkategorien haben sich dem Aufstande der Metallarbeiter, der bereits 2 1/2 Monate gedauert hat, angeschlossen. Theater, Kaffehäuser, Läden und Werkstätten sind geschlossen, die Arbeiten im Hafen eingestellt, der gesammte Straßenbahn- und Straßenverkehr lahmgelegt. Das städtische Schlachthaus konnte gestern die Vertheilung des geschlachteten Viehes an die Metzgereien nicht bewerkstelligen. Man befürchtet eine Unterbrechung der öffentlichen Beleuchtung, eine Abkündigung der Wasserzufuhr. Kein einziges Blatt erscheint mehr in Barcelona. Seitdem war es dem „Diario Mercantil“ mit Hilfe des Redaktionspersonals gelungen, eine Nummer zu drucken. Kann aber wurde die Ausgabe feilgeboten, als Ausländische sich ihrer bemächtigt und sie öffentlich verbrannt. Die Postung ist: Allgemeine Arbeitseinstellung, bis die Hüttenbesitzer ihren Arbeitern den verlangten Neunkundentrag bewilligen.

In Barcelona dominiren die Anarchisten, auf ein geheimes Zeichen hin wurde der verabredete Aufstand in allen Verufen blitzschnell zur Wirklichkeit.

Ein sozialistisches Telegramm an den König von Belgien. Von der Versammlung, die am Sonntag in Charleroi zu Gunsten der Einführung des gleichen Wahlrechts stattfand, und an der gegen 15 000 Personen theilnahmen, wurde die Abendung eines Telegrammes an den König beschlossen. Es lautete:

„An Se. Majestät Leopold II., König der Belgier. 15 000 Proletarier, die im Maison du Peuple zu Charleroi vereinigt sind, fordern die politische Gleichheit aller Bürger und hoffen, daß Se. Majestät Leopold II. die Stimme des belgischen Volkes, welches das allgemeine, einfache und gleiche Wahlrecht verlangt, hört.“

Die Annahme dieses Telegramms geschah unter den Rufen: „Gott die Republik!“ Es sollte nicht etwa ein Ergebnistelegamm sein, sondern, wie der Antragsteller, der Genosse Pasur ausführte, bedeutete das Telegramm eine Mahnung an den König, den Wünschen des Volkes sich nicht zu widersetzen.

Der englische Arbeitsmarkt im Januar hat sich gegenüber dem Dezember etwas gehoben, hat aber nicht die Höhe des vorjährigen Januar erreicht. Der Prozenzfuß der von den Gewerkschaften dem englischen Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen war am Ende des Januar höher als im Vorjahre, aber niedriger als der Durchschnitt des gleichen Monats in den letzten 10 Jahren.

Lord Kitchener meldet aus Pretoria vom 21. Februar: Oberst Park übernahm an der Spitze einer Abtheilung, bestehend aus berittenen Mannschaften und 300 National Scouts, in den Bergen bei Kooibagach eine Burentruppe, nahm 164 Mann gefangen und erbeutete sämtliche Wagen, Maultiere u. s. w. Unter den Gefangenen befindet sich der Feldcornet Dutoit, G. Joubert, S. Deijager und Lemons-Biljoen. Die Engländer hatten keine Verluste.

Ein verhängnisvolles Brandunglück hat New-York kurz vor der Ankunft des Prinzen Heinrich in Schrecken gesetzt. In der Freitag Nacht ist die an der Ecke der Parkavenue und 34. Straße gelegene Waffen-Halle des 71. Militär-Regiments niedergebrannt. Eine große Menge von Patronen, die daselbst lagerten, sind explodirt; die Kugeln flogen nach allen Richtungen. Die Flammen sprangen in die benachbarten Straßenbahn-Schuppen und in das mit Gasen dicht gefüllte Parkavenue-Hotel über, wo eine große Panik entstand. Um 3 Uhr Morgens sprangen eine Anzahl der Bewohner des Hotels aus den Fenstern auf die Straße, wo sie mit gebrochenen Gliedern aufgehoben wurden. Der Bundesoberst Pfeffer und die Frau des Hotelbesizers Reed sind todt, Admiral Miller ist tödtlich verletzt. Eine Mauer des Hotels und der Thurm sind eingestürzt; wie viel Personen noch unter den Trümmern liegen, ist unbekannt. Die Polizei ließ die Nachbarhäuser räumen, viele Familien sind einstweilen in Ställen untergebracht. Nach 4 Uhr Morgens gelang es, den Feuers Herr zu werden.

Bei der Feuersbrunst in dem Parkavenue-Hotel sind fünfzehn Personen ungetohten und etwa fünfzig verletzt worden. Es herrschte Sturm mit Regen und Hagel. Das Feuer brach kurz nach 1 Uhr Nachts im Dach des Militär-Hauses aus. Die Polizei richtete zunächst ihr Augenmerk darauf, die Bewohner der benachbarten Häuser zu retten. Gegen 2 Uhr sah man die Flammen der Fenster des fünften Stockwerks des Hotels umzingeln. Die überaus rasche Besorgnis erlittenen Hilfe schreiend am Fenster. Die Feuerswehrleute legten Leitern an und reuerten zahlreiche Personen, verschiedene Frauen sprangen jedoch von der Höhe des 5. Stockwerks auf die Straße, andere Bewohner erstickten im Rauche.

In New-York wurde Sonntag Prinz Heinrich, der deutsche Prinz, erwartet. Ent 24 Stunden herrschte aber dort ein Schneesturm, wie er seit dem Jahre 1858 nicht schlimmer vorgekommen ist. Alles ist mit Schnee und Eis bedeckt. Die Straßen befinden sich in einem unbeschreiblichen Zustande. Die Telegraphenbrücke nach Staten Island, Sandy Hook und Fire Island sind gestürzt, so daß das Signalfeuer der Ankunft des Schiffs „Konig Wilhelm“ auf dem gewöhnlichen Wege unmöglich ist. Aus New-York wird vom Sonnabend gemeldet: Wenn die Telegraphenbrücke nicht bis Abend wiederhergestellt wird, wird die Ankunft des „Konig Wilhelm“ hier nicht eher bekannt sein, bis sie sich wirklich im hiesigen Hafen befindet. Doch wird die Ankunft des Dampfers jetzt nicht mehr vor Mitternacht oder morgen früh erwartet. Das Geschwader des Admiral Evans ist im Hafen und ist eine Verbindung mit dem Lande. Das Programm für den Empfang des Prinzen Heinrich ist jetzt an der Hand.

Deutscher Reichstag.

150. Sitzung. Sonnabend, den 22. Februar 1902. Der Rest des Militäretats wird in zweiter Lesung mit dem von der Kommission empfohlenen Streichungen von insgesamt rund 10 Millionen debattelos erledigt.

Interpellation Albrecht (Soz.)

Die lautet: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Widerspruch mit dem klaren Wortlaut des § 35 der Gewerbeordnung und der Erklärung, welche der Staatssekretär Graf Posadowsky im Reichstage in der Sitzung vom 23. November 1899 abgegeben hat, die Polizeibehörde zu Beuthen den dortigen Arbeitersekretär Herrn Dr. Winter, weil dieser angeblich fremde Rechtsangelegenheiten gewerbmäßig besorge, zur Anmeldung des Arbeitersekretariats als eines Gewerbebetriebes durch Geldstrafen zu zwingen sucht? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler dagegen zu thun?

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Koch (Soz.): § 35 der Gewerbeordnung handelt von der gewerbmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bestimmt, daß Personen, die dies Gewerbe betreiben, die Eröffnung ihres Betriebes der Polizei mitzuteilen haben.

Diese Bestimmung auf die Arbeitersekretariate auszuweiten, ist widersinnig, da dieselben den Arbeitern die nötigen Rechtsbelehrungen unentgeltlich geben. Außerdem hat Graf Posadowsky auf eine Anfrage meines Genossen Bebel ausdrücklich erklärt, daß Arbeitersekretäre nicht als Personen angesehen werden könnten, die gewerbmäßig in Rechtsangelegenheiten Rath erteilen. Trotz alledem ist der Arbeitersekretär Winter in Beuthen vom dortigen Landgericht und vom Oberlandesgericht in Breslau zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er seinen Betrieb nicht angemeldet habe. Ich erwarte, daß der Herr Staatssekretär Alles thun wird, um dem klaren Wortlaut des Gesetzes Achtung zu verschaffen. (Bravo! h. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auf eine Anfrage habe ich am 4. Dezember meine Auffassung über den § 35 der Gewerbeordnung folgendermaßen in einem Schreiben präzisirt: Die Frage, ob die Vorschriften des § 35 der Gewerbeordnung auf Sekretäre eines Gewerkschaftskartells anwendbar sind, glaube ich verneinen zu müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Es ist unzweifelhaft, daß das Gewerkschaftskartell als solches ein Gewerbe nicht betreibt, sondern der Sekretär ist verpflichtet, Allen, die sich an ihn wenden, seine Dienste zu leisten.

Als ich von den Vorlesungen in Beuthen Kenntnis erhalten habe, habe ich mich sofort an den preussischen Justizminister gewandt, der dann auch sofort die Beuthener Anklagebehörde anwies, von einer Strafverfolgung abzusehen.

Weiter habe ich die Akten nicht zur Stelle, da ich erst heute Nacht erfahren habe, daß die Interpellation auf der Tagesordnung steht. Im November vorigen Jahres habe ich die Akten das letzte Mal eingesehen und es stand darin, daß Herr Winter zweimal für die Anfertigung von Schriftstücken Bezahlung erhalten hat. Aber auch dann kann der § 35 nicht in Anwendung gebracht werden, wenn Herr Dr. Winter das Geld an das Bureau abgeführt hat. Sollte er dagegen persönlich eine Vergütung angenommen haben, läge der Fall anders.

Die zuständigen Polizeibehörden sind angewiesen worden, dieser seiner Auffassung gemäß zu verfahren.

Abg. Stäger (Soz.) erklärt sich durch die Antwort befriedigt und will deshalb keinen Antrag auf Besprechung der Interpellation stellen.

Es folgt der Etat des Reichsinvalidenfon. Im Kapitel 83, Titel 4, werden 620,000 Mk. zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer verlangt.

Die Kommission beantragt, in einer Resolution die verbündeten Regierungen zu eruchen, diese Summe auf 750,000 Mk. zu erhöhen und ihre Bereitwilligkeit dazu bis zur dritten Lesung zu erklären.

Reichsfinanzsekretär Frh. von Thielmann: Obgleich ein Beschluß des Bundesrats noch nicht vorliegt, kann ich heute schon erklären, daß einige größere Bundes-Regierungen sich mit dem Wunsch des Reichstags einverstanden erklärt haben. (Bravo!) Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte der Rest des Etats. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Etat der Rölle und Verdrucksstern.)

Arbeiterbewegung.

Eine Gewerkschaft nach der andern tritt der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung durch die Gewerkschaften näher. Auf dem gegenwärtig tagenden Steinseger-Verbandstag wurde beschlossen: auf dem nächsten Verbandstag den Antrag auf Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung auf die Tagesordnung zu setzen und den Zentralvorstand zu beauftragen, das nötige Material zu unterbreiten.

Die Zahl der ausgesperrten Weber in Greiz ist nunmehr durch die Kommission festgestellt. Es kommen im Ganzen 2103 Personen in Betracht. Darunter sind 1165 männliche und 938 weibliche Personen. Verheiratet sind 1274, die zusammen 2766 Kinder zu ernähren haben. Es ist zu bemerken, daß eine Anzahl bereits anderweit Arbeit erhalten, ein Teil abgereist und ein weiterer Teil sich nicht angemeldet hat, die also der Zahl der Streikenden bezw. Aussperrten zugerechnet werden müssen. Organisiert sind zurfa 1000 Personen. Dieselben erhalten Unterstützung vom Verband, während die übrigen durch freiwillige Zuwendungen unterstützt werden müssen.

Wegen Lohn- und Akkordreduktion bis 60 % haben sämtliche Schwarzbleichlempner, Zschneider, Brüder und Planierer der Schwarzwarenfabrik Springborn u. Komp. Braunsberg-Hingern, die Arbeit niedergelegt.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 24. Februar 1901.

Parteienossen! Arbeiter! Wähler!

Nur noch morgen Dienstag und übermorgen Mittwoch liegen die Wählerlisten für die Reichstagswahl in Breslau-West zur Einsichtnahme aus und zwar amtlich im Hause Elisabethstraße 10, immer 6, in der Zeit von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr und von 3 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Abends, ebenso aber auch im sozialdemokratischen Wahlbureau Kupferhüdneststraße 39, (Bar auf der Orgel) und zwar ununterbrochen von Vormittags 9 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Wer bis jetzt die Wählerliste noch nicht eingesehen hat bezw. von Anderen hat für sich einsehen lassen, der hole das Versäumte unbedingt heute noch nach.

Auch die Listenformulare müssen, so weit das noch nicht geschehen, sofort im Wahlbureau abgeliefert werden.

Versäume Niemand seine Pflicht!

Der Freisinn und die Nachwahl in Breslau-West. Endlich ist der freisinnige Spießbürger aus dem Schlafe erwacht. Er reißt sich verwundert die Augen, schaut umher und entdeckt plötzlich, daß am 20. März, in reichlich drei Wochen also, in Breslau-West zum Reichstage gewählt wird. Flugs setzt sich der biedere Spießbürger wüthentbrannt an den Schreibisch und verfaßt einen Artikel für sein Leib- und Magenblatt, das offizielle Organ der freisinnigen Partei, „Breslauer Zeitung“ genannt, in welchem er die Sozialdemokratie folgendermaßen todt schreibt:

„Gerade in der Frage der Handelspolitik kann die Sozialdemokratie in keiner Weise als die ausschließliche Trachtet werden. Ihre radikale Forderung: Abschaffung sämtlicher Zölle mit einem Schlage, ist weit mehr geeignet, Verwirrung zu schaffen, als etwas Positives zu leisten. Auch hier, wie sonst, zeigt sich die Sozialdemokratie als eine in ihren wirtschaftlichen Zielen verirrte und verrannte Partei, die keine Regierung ernstlich rechnen kann, wenn es darauf ankommt, etwas Brauchbares und Dauerndes durch die maßlose Verheerung der Arbeiterfrage gegen die Arbeitgeber, durch die unfinnige Zahl ausschließlicher Streiks nur Erbitterung schafft, und wie sie in politischen Fragen in ihrer Eigenschaft als „revolutionäre“ Partei nur dazu beiträgt, weite Kreise in das Lager der Reaktion hinüberzuführen, so erwies sie sich auch in der Frage der Handelspolitik unfähig, eine Stellung einzunehmen, mit der praktische Politiker ernsthaft rechnen können.“

Für den Anfang ist das klöbig genug und wenn der freisinnige Sozialistendödel sich bis zum Wahltag entsprechend steigert, können wir uns noch auf manche heitere Viertelstunde freuen. Amüsant ist in dem vorstehenden Erguß zunächst die Erklärung, daß die sozialdemokratische Partei in der Frage der Handelspolitik weder die ausschließliche (wer hat denn das schon behauptet) noch auch nur die führende Partei sei. Ja, welche Partei führt denn sonst in dieser Frage, wie in allen Fragen, wo es sich um die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen des deutschen Volkes handelt? Vielleicht die freisinnige? Du lieber Gott! Wenn die freisinnigen Männer wären, hätten wir wenigstens 30 bis 40 Anhänger des Brotwuchers weniger im Reichstage. Sowohl bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1898, wie bei allen Nachwahlen, wo es darauf ankam, die Wahl eines junkerlichen Gegners freihändlerischen Handelspolitik durch die Wahl eines entschiedenen Freundes derselben, eines Sozialdemokraten, zu verhindern, klappten die freisinnigen Wähler ekleid zusammen. Und wenn im Reichstage nicht die 58 entschlossenen sozialdemokratischen Volksvertreter säßen, wo bliebe denn da der zähe unerschütterliche Widerstand gegen die neue Zollvorlage? Auf die Sozialdemokratie, nicht auf den mitschreitenden Freisinn, richten sich in diesem Kampfe die Augen Aller.

Den freisinnigen Schwachmalkus verräth die „Breslauer Zeitung“ auch in dem Gemwinnel über die Verwirrung, welche die radikale Forderung der sofortigen Abschaffung sämtlicher Zölle (soll wohl heißen Lebensmittelzölle?) schaffe. Ist denn diese Forderung nicht eine alte Forderung der liberalen Freihändler? Steht sie nicht auch im Programm der Freisinnigen? Das übrigens die Sozialdemokratie, gleich den freisinnigen Parteien im gegenwärtigen Kampfe um die Getreidezölle ihre ganze Kraft zunächst auf die Beseitigung der Gefahr einer weiteren Erhöhung dieser Zölle legt, weiß die „Breslauer Zeitung“ so gut, wie wir selbst und es ist einfach Niedertracht, wenn sie jetzt behauptet, die Sozialdemokratie erschwere und verwirre den Kampf, indem sie nur für die völlige Beseitigung der Getreidezölle zu haben sei.

Das Sehnen des Freisinns nach der „Regierungskrippe“ zeigt in erheiternder Weise die Bemerkung, daß mit der in ihren wirtschaftlichen Zielen verirrten und verrannten Sozialdemokratie keine Regierung ernstlich rechnen könne, wenn es gilt, etwas Brauchbares und Dauerndes zu schaffen. Ja, wir Freisinnigen sind doch bessere Menschen! Jammer schade, daß man oben daran nicht glaubt, und unseren armen, braven, gutgesinnten Freisinnigen das heiße Sehnen und Begehren nach einigen Ministerfesseln ganz unerfüllt läßt.

Um diesen Befähigungsnachweis nachmels ganz gründlich zu erbringen, schimpft denn auch die „Breslauer Ztg.“ ganz im Stile der „Schles. Ztg.“ und des Organs des Herrn Pastor Dr. Nitsche, über die von der Sozialdemokratie geübte „maßlose Verheerung der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber“, über die „Erbitterung schaffende unfinnige Zahl ausschließlicher Streiks“ u. Wie sehr die Aufklärung schaffende politische und gewerkschaftliche Thätigkeit der Sozialdemokratie die wirtschaftlichen Kämpfe mildert, weiß der Artikelschreiber der „Breslauer Zeitung“, der sich sonst auf sein sozialpolitisches Verständnis sehr viel zu Gute thut, natürlich sehr genau. Aber es gilt, die „freisinnigen“ Arbeitgeber scharf zu machen für den Wahlkampf und da kommt es auf ein paar faustdicke Unwahrheiten mehr oder weniger nicht an. Zum Schluß fehlt natürlich auch der geniale Gedanke Eugen Richters nicht, daß die Sozialdemokratie an der Verstärkung der Reaktion Schuld trage, indem sie durch ihre „revolutionäre“ Eigenhaft „weite Kreise in das Lager der Reaktion hinüberheuche.“ Mit dieser abernen Ausrede einschuldigen die Freisinnigen bekanntlich immer wieder all ihre Zaghaftigkeit, ja ihre zahlreichen offenkundigen Feigheiten im Kampfe mit der Reaktion. Weil die Sozialdemokratie manhaft für ihre Freiheitsideen im Felde steht, soll sie Schuld sein, daß die Freisinnsmänner wie Schafleder ausreißten, in hellen Haufen zum junkerlichen Heerbann abschwanken? Verständige Leute müssen über solche jammervollen Einschuldigungen für die Unzuverlässigkeit einer im Absterben begriffenen politischen Partei herzlich lachen. Und damit genug für heute.

Die Angelegenheit des Beuthener Arbeitersekretärs, Dr. Winter, vor dem Reichstage. Im Reichstage kam am Sonnabend in Folge unserer Interpellation die rechtswidrige Behandlung des Beuthener

Gewerbeordnung klar und deutlich bestimmt, daß nur solche Betriebe der polizeilichen Anmeldung bedürfen, die gewerbemäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, hatte dennoch die Beuthener Polizeibehörde unseren Genossen Dr. Winter, den dortigen Arbeitersekretär, mit einer Geldstrafe belegt, weil er seinen Betrieb nicht angemeldet habe. Das Ungeheuerliche ist nur, daß diese falsche Auslegung eines Gesetzesparagraphen sowohl vom Beuthener Landgericht, als auch vom Breslauer Oberlandesgericht bestätigt wurde.

Die Begründung der Interpellation gab Gen. Koch, der den Grafen Posadowsky an sein 1899 gegebenes Versprechen erinnerte, worin dieser die Erklärung abgegeben hatte, daß Arbeitersekretariate nicht als gewerbmäßige Betriebe anzusehen seien. Unser Redner wies darauf hin, daß es doch nicht angängig ist, die Arbeitersekretariate, die jedem unentgeltlich Auskunft in Rechtsfragen erteilen, mit den Winkelkonsulenten auf eine Stufe zu stellen. Mit der Antwort, die Graf Posadowsky gab, konnten sich unsere Genossen, wie Singer erklärte, zufrieden geben und so wurde von einer Befreiung der Interpellation abgesehen. Graf Posadowsky erklärte nämlich, daß das Verhalten der Beuthener Polizei mit dem Gesetz nicht im Einklang stand und daß er die Behörden angewiesen habe, ihr bisheriges Verfahren aufzugeben. Mehr konnten wir nicht verlangen.

Achtung Gewerkschaften! Folgende Gewerkschaften haben trotz wiederholter Aufforderung ihre Kandidaten für die Gewerbegerichtswahlen dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells, Arbeitersekretär Neufirch, noch nicht genannt: Graveure, Gemeindegewerkschaften, Putzmacher, Schiffsmaschinen, Maurer, Wozellan-Arbeiter, Schiffer, Steinseger, Fertilarbeiter und Tapezierer. Gewerkschaften, welche bis zum 3. März die Namen ihrer Kandidaten nicht genannt haben, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Wieder ein Fortschritt. Dem letzten sozialdemokratischen Parteitage in Lübeck lag ein Antrag Heymann-Breslau vor, dem „Wahren Jakob“ und der „Neuen Welt“ Inseratenbeilagen hinzuzufügen und damit den finanziellen Erfolg dieser beiden weitverbreiteten illustrierten Blätter zu verbessern. Am ersten Januar hat die „Neue Welt“ den guten Rath aus Breslau beherzigt und heute kommt die erste Nummer des „Wahren Jakob“ in unsere Hände, die Inserate aufgenommen hat. Da die kleine Anzeigen-Zeile 1.20 Mark Einrückungsgebühr kostet, wird der Ertrag des neuen Unternehmens sich auf Tausende von Mark beziffern. Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, daß die beiden Blätter schon Hunderttausende einnehmen konnten, wenn die Neuerung früher erfolgt wäre. Doch das Gute zu thun ist niemals zu spät.

Zur Handwerksrettung. Die Barbierzünfte sind gegenwärtig eifrig um den Plan bemüht, zur Selbstständigkeit eine Altersgrenze zu ziehen. Gewiß ist die Konkurrenz im Barbiergewerbe eine recht große. Dies ist jedoch keineswegs auf eine besondere Neigung der Gehilfen, recht früh selbstständig zu werden, zurückzuführen; obgleich die Gehilfen mit der Verbesserung ihrer Lage von den Prinzipalen stets auf ihre Selbstständigkeit vertrieben werden. Die ungeunden Konkurrenzverhältnisse sind lediglich die Folge der jahrzehntlang betriebenen Lehrlingszucht im Barbiergewerbe. Daraus muß natürlich ein Ueberangebot jugendlicher Arbeitskräfte entstehen, wodurch die älteren Gehilfen verdrängt werden, weil ihre jüngeren Kollegen eben billiger und williger sind. Die Beschäftigung nur ganz junger Gehilfen ist in diesem Gewerbe so sehr Regel geworden, daß für Klein- und Mittelstädte Gehilfen über 20 Jahre und für Großstädte solche über 25 Jahre den Meistern „zu alt“ sind, deutlicher: zu teuer. Wo sollen die „alten“ Gehilfen bleiben? — Darüber scheinen sich die „Handwerksretter“ wenig Kopfschmerzen zu machen. Andere Berufe können sie nicht erlernen und zu schweren, körperlich anstrengenden Arbeiten ist die Körperkonstitution der Barbiergehilfen zu schwach. Aus ihrem Gehilfenberufe hinausgedrängt, bleibt denen, die einigermaßen bemittelt sind, nichts Anderes übrig, als die Zuflucht zur Selbstständigkeit, die von vornherein recht zweifelhaft ist. Die Uebrigen, welche gar nichts haben, können den guten Rath Heines, sich begeben zu lassen, nicht ohne Weiteres folgen. Sie müssen in die Fabriken, auf die Werften, zur See, wie's eben gehen mag. In Berlin und Hamburg sind Sommer und Winter 25 Prozent der Gehilfen arbeitslos. — Als weit probatere Mittel zur Verminderung der Konkurrenz unter den selbstständigen Barbieren, als eine Altersgrenze, sind zu empfehlen die Einschränkung der Lehrlingszucht und bessere Arbeitsbedingungen für die Gehilfen. Davon will man in diesen Kreisen jedoch nichts wissen.

Lohnerhöhung der Straßenbahn-Angestellten. Die Direktion der Breslauer Straßen-Eisenbahn hat, nach einer Mittheilung der „Bresl. Ztg.“, vor einigen Tagen die Gehälter ihrer Angestellten um 5 Mark monatlich erhöht, mit der Einschränkung, daß diese Zulage nur am Schlusse eines jeden Quartals, und auch nur dann gezahlt werden solle, wenn der betreffende Angestellte sich nichts habe zu Schulden kommen lassen.

Das ist, wenn sich die Nachricht überhaupt bekündigt, eine sehr fragwürdige Lohnerhöhung. Wie leicht kann in einem ganzen Vierteljahr und bei den strengen Dienstinstruktionen der Straßenbahn ein wenn auch geringfügiges Verschulden des Angestellten vorkommen, für das er dann mit dem Verlust der Gehaltserhöhung im Betrage von Mk. 15 bestraft werden kann.

Droschkenartiger Verkehr. In unserem Besicht in der Sonnabend-Nummer wird uns berichtend mitgeteilt, daß das Marken-System, wie es auf dem Ober-Schlesischen Bahnhöfen eingeführt ist, nicht aufgehoben, sondern auch auf den anderen Bahnhöfen eingeführt werden soll. Nur die

y. Die Metallarbeiterkonferenz für den Bezirk Schlesien, welche am gestrigen Sonntage in dem gemauerten beforsteten Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses in Breslau stattfand, wurde von dem Mann der Agitationskommission, Kollegen Lissel, mit einigen Begrüßungsworten eröffnet. Nachdem darauf der Arbeiterjüngerbund ein Lied vorgetragen hatte, wurden in das Bureau Nordbische Breslau, Schmidt-Görlich, Michaelis-Waldenburg und Zippel-Weisse gewählt. Anwesend waren 34 Delegierte aus den Orten Breslau, Neuthein, Brieg, Bunzlau, Gannau, Hirschberg, Liegnitz, Neufals, Striegau, Schweidnitz, Waldenburg, Freiburg, Glogau, Neisse, Rattowitz, Oppeln, Muslau und Posen, ferner die Agitationskommission und als Vertreter des Hauptvorstandes der Sekretär desselben, Reichelt-Stuttgart.

Kollege Lissel erstattete zunächst den Jahresbericht. Wir entnehmen aus demselben, daß es sich die Kommission im vergangenen Jahre hauptsächlich hat angelegen sein lassen, im ober-schlesischen Industriebezirk mit seinen 45 000 Metallarbeitern seinen Fuß zu fassen. Freilich sei es in Ober-schlesien die Agitation eine überaus schwierige. Einmal sei es fast unmöglich, Lokale auch nur zu erhalten, geschweige denn zu Verfassungen zu erhalten, dann aber werden im Hüttenbezirk sehr viele Frauen beschäftigt, da diese bei gleicher Arbeitszeit wie die Männer im Durchschnitt 315 Mark Jahreslohn erhalten, die Männer aber 870 Mark. Trotzdem ist die Zahl der Mitglieder im Industriebezirk von 23 im Jahre 1900 jetzt auf 140 angewachsen. In Rattowitz baute eine eigene Verwaltungsstelle gegründet, in Königshütte ein Vertrauensmann eingesetzt werden. Im Waldenburger Bezirk wurde das Verwaltungsstellen weiter ausgebaut. Die Waldenburger Zahlstelle ist von 13 auf 97 Mitglieder angewachsen. Im Allgemeinen ist zu erwähnen, daß die Agitation in allen Gegenden vor sich ging, daß man erst an den einzelnen Orten Anknüpfungspunkte suchte, und dann, wenn ein kleiner, fester Stamm vorhanden war, zur öffentlichen Agitation überging. Nur so war es möglich, in Reife eine Zahlstelle zu schaffen, der 70 Mitglieder angehörten, noch aller Schwierigkeiten, welche sich dort den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegenstellten. Auf gleichem Wege wurde in Oppeln, wo die Agitation durch die christlichen Arbeitervereine und die Kirch-Dunkelzettel erschwert wird, eine Zahlstelle gegründet, die trotz der schädlichen Nachwirkungen des ersten Vertrauensmannes doch 35 Mitglieder zählt. Ebenso entstand in Glogau eine Zahlstelle mit 30 Mitgliedern. Vorwärts gekommen sind die Zahlstellen in Breslau, Görlitz, Gannau, Brieg, Bunzlau, Liegnitz und Waldenburg. Kennenwerthe Rückgänge weisen auf Schweidnitz, wo der bestellte Kassier sich ihm erweisenen Vertrauens als unwürdig gezeigt hatte, in Freiburg, wo der Inhaber des größten Establishments mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Verband ankämpfte und die Formerei nur als Nebenberuf betreiben. Eine ohne die Vermittlung der Agitationskommission gegründete Zahlstelle in Ratibor ist bald wieder eingegangen. Im Glogau ist die Zahl der organisierten Metallarbeiter in Schlesien von 2466 auf 3500 angewachsen, hat sich also im Jahresfrist trotz des schlechten Geschäftsjahres um 1000 vermehrt.

Zwei Geschäfte erledigte die Kommission in 12 Sitzungen, die Fortschreibung umfaßte 195 Eingänge und 283 Ausgänge. Die Kassenverhältnisse waren recht günstige zu nennen.

An den Bericht der Agitationskommission schlossen sich die Berichte der Delegierten. Fast alle gipfelten in Klagen über die Lokalnoth und die feindliche Haltung der Behörden, ja sogar, wie in Reife, der Geistlichkeit gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften. Leider vermehrte man in allen diesen Berichten Mißthellungen über die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Lebenshaltung der Metallarbeiter an den einzelnen Orten, jedoch Reichelt-Stuttgart mit Recht anregte, künftig statistische Fragebogen auszugeben, um die Berichterstattung gerade nach dieser so wichtigen Seite hinauszubauen.

Der dritte und wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Anstellung eines besoldeten Bezirksleiters für Schlesien, entsprechend den Beschlüssen der letzten Generalversammlung. Das einleitende Referat hielt Schneidewind-Breslau, Mitglied der Agitationskommission.

Das zunächst die Bezirksverteilung anlangt, so meinte Redner, durch die Einnahme von Posen werde der schlesische Gau zu groß. Der Bezirksleiter werde in Schlesien allein so viel zu thun haben, daß es ihm gar nicht möglich sein werde, auch noch das benachbarte Posen zu bearbeiten. Immerhin könne ja mit der vorgeschlagenen Einteilung einmal der Versuch gemacht werden. Wie sieht es nun mit der Idee des besoldeten Bezirksleiters selbst? Die schlesische Agitationskommission habe in 2 1/2 Jahren drei Vorsitzende gehabt. Dieser häufige Wechsel könne der Agitation nur zum Schaden gereichen. Schon dies Moment sei ein schwerwiegendes Grund für die Anstellung eines Bezirksleiters. Die Zweifelsfrage im Hüttenbezirk bilde durchaus kein Hindernis, der Bezirksleiter brauche ebenso wenig wie jetzt die Agitationskommission des Politischen mächtig zu sein, denn die ober-schlesischen Metallarbeiter verständen alle deutsch. Ebenso nötig wie für Ober-schlesien sei für die übrigen Teile unserer Provinz ein besoldeter Agitationsleiter. Der Breslauer Angehörte sei hier in Breslau nötig, und die übrigen Mitglieder müßten durch ihre Arbeitsverhältnisse nicht in der Lage, jeder Zeit sich dahin zu begeben, wo sie nötig sind. Ein angelegener Beamter würde die Geschäfte der Agitation weit schneller erledigen können. In den Provinz-Zahlstellen könnten größere Kommissarien ernannt werden, da der besoldete Beamte jeder Zeit in der Lage sei, Revisionen vorzunehmen. Ferner müsse bedacht werden, daß ein besoldeter Beamter weit unabhängiger von Behörden und Unter-schmeißen sei und daher mit mehr Erfolg Verhandlungen anknüpfen könne. Man denke nur an das Beispiel der englischen Gewerkschaften. Der Kommissar sei das allerpermeable Hindernis. Darum möge auch die schlesische Konferenz den Vorschlag der Generalversammlung zur Durchführung bringen und mit der Anstellung eines besoldeten Beamten einen Weg beschreiten, auf dem andere Gewerkschaften große Erfolge erzielt haben.

An des Referat schloß sich eine sehr rege Debatte an, die fast allen Delegierten Gelegenheit gab, die Wünsche ihrer Zahlstellen zum Ausdruck zu bringen. Ablehnend verhielt sich eigentlich nur der Striegauer Delegierte. Für seine Haltung hatte er folgende ganz eigenartige Begründung. Er meinte, durch den Bezirksleiter werde eine erhöhte Agitation zu Stande kommen, die Folge hiervon aber würden — Maßregelungen in weiterem Umfange sein. Mit Recht werde dem Redner von fast allen Seiten entgegengehalten, daß es ja unter solchen Gesichtspunkten am vorzuziehenden wäre, überhaupt keine Agitation zu entfalten, damit Maßregelungen ganz vermieden würden; gerade das Gegenteil würde der Fall sein, durch die geschicktere Art des Beamten, zu verhandeln, würden eben die Maßregelungen vermieden werden. Darum bedürfen hauptsächlich die kleineren Zahlstellen in der Provinz des Agitationsleiters. Der Liegnitzer erklärte, daß durch die Nichtanstellung eines besoldeten Beamten gegenüber den anderen Bezirken, die einen Gau haben, zu kurz kommen werde, weil alle Bezirke gleich-

mäßig für die Kosten aufzukommen hätten, tritt Reichelt-Stuttgart entgegen, der eine derartige Ansicht als gefährlich für die ganze Sache bezeichnet. Lissel-Breslau weist darauf hin, daß ein Beamter, der nur im Nebenberufe das Amt verwaltete, nie ganze Arbeit leisten können, dazu sei nur ein voll besoldeter Agitationsleiter im Stande. Der Vertreter von Posen ersucht dringend, auch die Provinz Posen mit zu berücksichtigen. Es sei für Posen nicht angängig, so lange zu warten, bis für Preußen ein Leiter angestellt werde, dem es dann etwa unterstellt sein sollte. Dr. Winter-Königsbütte empfiehlt brieflich auf das eindringlichste, für Ober-schlesien einen besonderen Verwaltungs-Beamten nach dem Vorbilde des Bergarbeiter-Verbandes. Nachdem noch Reichelt-Stuttgart als Vertreter des Hauptvorstandes für die Anstellung eines Agitationsleiters eingetreten war, wird diese mit überwältigender Majorität beschlossen und zwar für Schlesien und Posen mit Ausschluß des Bezirks Bromberg. Darauf wurde eine fünfgliedrige Kommission nebst fünf Stellvertretern gewählt, welche die Auswahl unter den sich meldenden Bewerbern zu treffen hat, während die Anstellung durch den Hauptvorstand erfolgt. In die Kommission wurden gewählt: Meier-Liegnitz, Schmidt-Görlich, Otto-Breslau, Straube-Görlich und Ulrich-Breslau.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Nordbische ermahnte die Anwesenden, nie in ihrer Thätigkeit für den Verband zu erlahmen und entließ die Konferenz mit einem Hoch auf den deutschen Metallarbeiterverband und die Arbeiterbewegung.

Selbstmord. Am 21. d. Mts., Vormittags, machte ein 70 Jahre alter Drochsenbesitzer in seiner Wohnung Forberleiche 3 seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Zusammenstoß. Am 20. d. Mts., Vormittags, stieß auf der Klosterstraße ein Motorwagen mit dem Wagen eines Stellenbesizers zusammen. Der Stellenbesitzer wurde vom Wagen geschleudert, erlitt aber anscheinend keine Verletzungen. An dem Motorwagen wurde der Vorderperron leicht beschädigt.

Gefäßlose Uhren. Wer von dem Schuhmacher Johann Poppe eine silberne Herren-Armonior-Uhr mit Goldrand sowie eine goldene Herren-Uhrzeit, deren Glieder zum Teil mit schwarzen Emaille besetzt sind, gekauft oder zum Verkauf angenommen hat, melde sich im Zimmer 58 des Polizeipräsidiums.

Witz Vesiklag belegt wurden zwölf leere Säcke, eine neue Waagschale und ein Pantalon. Die Eigentümer melden sich im Zimmer 58 des Polizeipräsidiums.

Festgenommen wurde ein Hansbäcker, der aus einem Keller am Neumarkt mitteln Einbruch mehrere Hund Butter und eine Anzahl Eier gestohlen hatte.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 21. d. Mts. 42 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldener Ring, eine Handtasche, eine goldene Damenuhr, ein Anhängerschildchen, ein halbes künstliches Gebiß, ein silberner Stockgriff, ein Paar goldene Ohrringe, ein Haub, eine Lantunartefakte und ein Oberbett. — Abhanden kamen: ein weißer Mantel, ein schwarzeidener Regen-schirm, ein grauer Pelztragen und drei Porzellanstücke mit 5.40 Mark, 18 Mark und 23.75 Mark.

e. Grünberg. Wichtig für Vereins-Vorstände Sachdienlich für Vereins-Vorstände ist ein Urteil, das vom hiesigen Schöffengericht am 20. d. Mts. gefällt wurde. Der Vorsitzende des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins hatte gegen ein Strafmandat über 15 Mark, das er erhalten, weil er die nungewählten Vorstands-Mitglieder nicht angewendet hatte, Widerspruch erhoben. Der Anwalt selbst beantragte die Freisprechung und das Gericht erkannte demgemäß. Es sei im Vereinsgesetz kein Anhalt dafür zu finden, daß die Vorstands-Mitglieder polizeilich gemeldet werden müßten. Der § 2 spreche nur von Veränderungen der Mitgliederliste, d. h. über den Ab- und Zugang von Mitgliedern. Auch das Kammergericht habe schon in diesem Sinne entschieden.

e. Grünberg. Zwei aufsehenerregende Prozesse. Zwei Vorurteile, welche seit längerer Zeit ein beliebtes Gesprächsthema der hiesigen Bevölkerung bildeten, sind in den letzten Tagen von der Strafkammer in Glogau entschieden worden. Das erste betraf den früheren Stadtrat, Polanauer Hartmann, der in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer amtliche Gelder veruntreut hatte, die allerdings, nachdem das Konto von über 3000 Mark entdeckt war, von Verwandten erlegt wurden. Hartmann, der nahe an 70 Jahre ist und früher hier eine große Rolle spielte, gelegentlich in seinen Neben auch gegen den inneren Feind bohrerte, erhielt 4 Monate Gefängnis. Der andere Fall betraf eine etwas ungemüthliche Polierin, die in einer hiesigen Dameubretze zwischen den beiden Bierverlegern Entschieden und 2 Schätze Hartmann. Retterer bis seinen Begleiter drängt in den Fingern, das betriebe abgenommen werden mußte. Während Entschieden und zwei andere Verbeiligte, alles „angenehm“ Bürger, freigesprochen wurden, erhielt Schölge ein Monat Gefängnis.

Glogau. Verhängtes Todesurtheil. Die Revision gegen das am 15. Januar d. J. vom Schwurgericht in Glogau gegen den Dreister Paul Krüger gefällte Todesurtheil wurde vom Reichsgericht verworfen. Das Urtheil ist somit rechtskräftig.

Coppla. 21. Februar. Unschuldig verhaftet. Vor einigen Tagen wurde, wie man der „Bresl Morgen-Ztg.“ berichtet, ein Oberleutnant aus dem hiesigen Zentral-Ortel auf die Anrede des Vorhabens derselben gefesselt ins Gefängnis gebracht. Der Verhaftete und sein Ober waren wegen der Abrechnung in Differenzen gerathen. Während der Hotelhaber ca. 200 Mark verlangte, behauptete der Oberleutnant ca. 100 Mark weniger schuldig zu sein. Kurz entschlossen telephonirte der Oberleutnant an die Polizei und beschuldigte den Angeklagten der Unterschlagung, worauf die Polizei die Verhaftung des jungen Mannes vornahm. Als nun gestern früh der Oberleutnant zur Vernehmung auf die Polizei gerufen wurde, mußte er machen, sich geirrt zu haben, worauf der unschuldige Verhaftete sofort in Freiheit gesetzt wurde. — Spöttelnd wird der Herr Oberleutnant einen gebührenden Dankstiel bekommen.

Kanibar. 22. Februar. Gerechte Strafe eines Mißthäntlers. Unter der Auflage des Vergehens gegen das Land ungenügend in Preussensland mit Posen hand gefahren der Oberbürgermeister Kaschinski aus Posen, Kreis Bydwin, vor der hiesigen Strafkammer. Der Angeklagte, der wegen Vergehens bereits mit 6 Monaten Gefängnis verurtheilt ist, leistete dem Richterpräsidenten Götter in Glogau D. D. Mts. Da dieselbe öfters für wässrig erschien, ließ Götter in einem Chemiker unter-suchen. Dieser fand eine Wasserzuzug von mindestens 15 Prozent. Auch einige Deckelungen des Kassenscheff erklärten, mehrmals gehen zu haben, daß der Angeklagte der Mißthäntler gewesen sei. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

Wiesitz. 22. Februar. Meisid. Der Baumunternehmer Böser aus Jabsitz ist unter dem Verdacht des Meisidens in Untersuchungshaft genommen worden. Er hatte seiner Zeit bei seinem Kanibar den Offenbarungseid geleistet und soll dabei verheiratet haben, daß er 50000 Mark bei einer ansehnlichen Bank eingezahlt hätte. Durch einen Irrthum ist die Sache ins Lagerstätt gekommen und 2. wegen Meisid verhaftet worden.

Wiesitz. Wegen Eitelkeitsverbrechen in Fällen, begangen an 9 Wochen letzter vor dem hiesigen Schwurgericht gegen den Kaufmann Georg Meisid aus Kreis, Kreis Mts. verhandelt werden. Es waren 26 Wochen gelassen, von denen nur 12 erstanden, während 14, darunter die 3 Wochen, letzter. Der Angeklagte ist seit dem 2. d. Mts. in Untersuchungshaft. Durch Verhängen des Schwurgerichtes wurden die verurtheilten gelassen, aber nicht erstanden. Junges ja je 9 Mts. Schwurgericht ernt 3 Logen Haft und den Rest verhandelt. Die Verhandlung wurde bis zur nächsten Periode verlegt.

Gewerkschaftshaus.

- Montag, den 24. Februar:
- Tüpfelversammlung im großen Saal.
 - Gesangverein der Handeldhilfsarbeiter. Zimmer Nr. 1.
 - Schuhmacher-Verband. Zimmer Nr. 3 u. 4.
 - Sattler-Verband. Zimmer Nr. 5.
 - Schneider-Verband. Zimmer Nr. 6.
 - Sozialdemokratischer Verein. Zimmer Nr. 2 und 7.
- Dienstag, den 25. Februar:
- Barbier-Versammlung. Um 9 Uhr im großen Saal.
 - Gewerkschafts-Karteil. Zimmer Nr. 1.
 - Gemeindearbeiter-Versammlung. Zimmer Nr. 2.
 - Zimmerer-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 3.
 - Glaser-Verband. Zimmer Nr. 5.
 - Stoffateur-Verband. Zimmer Nr. 6.
- Mittwoch, den 26. Februar:
- Holzarbeiter-Versammlung im großen Saal.
 - Arbeiter-Abfahrer-Verein. Zimmer Nr. 2.
 - Maurer-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 3.
- Donnerstag, den 27. Februar:
- Großes Vokseil.
 - Maler-Verband. Zimmer Nr. 2.
 - Formen-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 3.
- Freitag, den 28. Februar:
- Holzarbeiter-Verband. Zimmer Nr. 1.
 - Gemeindearbeiter-Verband. Zimmer Nr. 1.
 - Typographische Gesellschaft. Zimmer Nr. 2.
 - Männer-Gesangverein Vorwärts. Zimmer Nr. 3.

Versammlungen und Vereine.

Striegau. Männer-Gesangverein „Vorwärts.“ Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Übungsstunde in der „Vierquelle“. Der Vorstand.

Stadt-Theater. Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Montag: „Carmen“.

Dienstag: Gastspiel Frau Marie Götz. „Samson und Dalila“.

Montag: Gruppe J. 1. Vorstellung „Der Fiedlerbauer“.

Dienstag: Gruppe K. 1. Vorstellung „Der Fiedlerbauer“.

Kabe-Theater.

Montag: „Lebendige Stunden“.

Dienstag: „Pietatis“.

Victoria-Theater (Simmenauer Garten) Gastspiel der Budapest. Heute Montag: Großer Poffen-Abend! 3 Schlozer 3 Endlich. Mein Sara-Het, „die Balletense“. Ein unnatürlicher Sohn. Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten. Kurzes Gastspiel der Poffen- u. Operetten-Gesellschaft. Direction: Oskar Spozor. Täglich wechselnder Spielplan 11. U. ! Sensationeller Erfolg! Der Hausdieb. Poffe mit Gesang von H. Kutschera. Im Lunel: Tägl. großes Frei-Concert bis 18 Uhr der Damenkapelle Alliance.

Billige Cigarren, Cigaretten und Tabak empfiehlt Johann D. eger, Baudorfstr. 13

Viel Geld verdient Jeder, der gangbare, vielverlangte Artikel an Privatleute verkauft. Näh. durch Klefsldt, Berlin, Straßburgerstr. 59. Generalvertreter gesucht! 232

Achtung! Holzarbeiter!

Mittwoch, den 26. Februar 1902, Abends 8 Uhr: Mitglieder - Versammlung im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Margarethenstraße 17.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Verbandstage“. Referent: Colloge Bergmann. 2. Wahl einer Wahl-Kommission. 3. Wahl von zwei Delegierten zum Verbandstag im Mai d. J. nach Mainz und eines Delegierten zum Gewerkschafts-Congress im Juni d. J. nach Stuttgart. 4. Verschiedenes.

Die Stimmzettel mit den vom Vorstand bekanntgegebenen Candidaten werden vor Anfang der Versammlung ausgegeben.

Zahlreiche Betheiligung der Mitglieder ist Pflicht.

Die Local-Verwaltung.

Breslauer Gewerkschafts-Haus

Margarethenstraße 17. Donnerstag, den 27. Februar 1902:

Gr. Bock-Bier-Fest

verbunden mit Gesellschaftlichem Abendbrot und darauffolgendem Tanz-Kränzchen. Anfang 8 Uhr. Es ladet freundlichst ein Hermann Neuberger.

Be-gräbniss-Verein der Böttcher Breslaus. Das Mitglied Heinrich Weniger ist gestorben. Beerdigung den 25. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, vom Trauer-hause Alexandersstrasse 26 nach Mairritus. Der Vorstand.

5 Pfg. - Sumatra - Cigarren, praktische Qualitäten vorzüglich in Grand und Geschmack. 100 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk. empfiehlt gegen Nachnahme Cigaretten-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner, fabrik und Haupt-Geschäft: 184 Breslau, Rossplatz 11, am Oederherdenhofen. Filialen: Mühlgraben 16, Ecke Schöngasse, Sommerstr. Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77, Zeitungsstraße 22.